

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses

---

**Sitzung:** Donnerstag, 12.10.2023

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:01 Uhr

**Ende:** 17:49 Uhr

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

##### Mitglieder

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Bastian Swalve - SPD

Vertretung für: Frau Susanne Hahn

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE

Herr Gordon Schnepel - B90/GRÜNE

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Frau Heidemarie  
Mundlos

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Frau Silke Arning - BIBS

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Dr. Volker Garbe - CDU

Frau Barbara Räder -

Herr Manfred Weiß -

Frau Dr. Natalie von Kaehne -

Herr Stefan Lange -

Frau Heiderose Wanzelius - BIBS

##### Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Michael Loose - Verwaltung

Frau Merle Spanuth - Verwaltung

Herr Thomas Gekeler - Verwaltung  
Herr Martin Kirchhoff - Verwaltung  
Frau Kirsten Lewandowski – Verwaltung  
Herr Alexander Siemon - Verwaltung

## Abwesend

## Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD	entschuldigt
Frau Heidemarie Mundlos - CDU	entschuldigt
Frau Gabriela Kiekenap – Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Dennis Zellmann - Bürgermitglied	entschuldigt

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls vom 05.09.2023
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Kommunale Wärmeplanung 23-22097
- 3.2 Zwischenergebnisse einer wissenschaftlichen Studie zur Veränderung der Baumüberschirmung in der Stadt Braunschweig zwischen 2011 und 2019 23-22245
- 4 Anträge
- 4.1 Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt FB 67 Stadtgrün und Sport / Aufnahme in die TO der Sitzung am 12.10.2023. 23-22174
- 5 Pocket-Park Kannengießerstraße 23-21184
- 5.1 Ergänzung - Pocket-Park Kannengießerstraße 23-21184-01
- 6 Gewährung von Zuschüssen an Umweltorganisationen 23-22000
- 6.1 Gewährung von Zuschüssen an Umweltorganisationen Ergänzungsvorlage 23-22000-01
- 7 Anpassung des Förderprogramms "Baumreich(es) Braunschweig" 23-22173
- 8 Erneuerung des Jugendplatzes Prinz-Albrecht-Park/Rollschuhbahn 23-22188
- 9 Anfragen

9.1	Globale Minderausgabe - Kürzung Bezirk IV	23-22108
9.1.1	Globale Minderausgabe - Kürzung Bezirk IV	23-22108-01
9.2	Braunschweig und die Wildbienen: Was ist aus dem Projekt mit dem JKI geworden?	23-22180
9.2.1	Braunschweig und die Wildbienen: Was ist aus dem Projekt mit dem JKI geworden?	23-22180-01
9.3	Basketballboom in Braunschweig - Nachwuchsförderung, nicht nur symbolische Ehrungen?	23-22166
9.3.1	Basketballboom in Braunschweig - Nachwuchsförderung, nicht nur symbolische Ehrungen?	23-22166-01
9.4	Aufwand und Nutzen durch invasive Arten	23-22191
9.4.1	Aufwand und Nutzen durch invasive Arten	23-22191-01
9.5	Eine Solar-Radwegüberdachung für Braunschweig?	23-22104
9.5.1	Eine Solar-Radwegüberdachung für Braunschweig?	23-22104-01
9.6	Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Südstadt	23-22110
9.6.1	Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Südstadt	23-22110-01
9.7	Spielplatzsand und Co.: Sieben statt Austauschen?	23-22183
9.7.1	Spielplatzsand und Co.: Sieben statt Austauschen?	23-22183-01
9.8	Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Bürgerpark	23-22117
9.8.1	Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Bürgerpark	23-22117-01
9.9	Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Heidberg	23-22116
9.9.1	Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Heidberg	23-22116-01
9.10	Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Nordstadt	23-22115
9.10.1	Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Nordstadt	23-22115-01
9.11	Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Wallanlagen	23-22114
9.11.1	Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Wallanlagen	23-22114-01
9.12	Globale Minderausgabe - Kürzung bei der Baumpflege	23-22113
9.12.1	Globale Minderausgabe - Kürzung bei der Baumpflege	23-22113-01

9.13	Globale Minderausgabe - Kürzung bei Landschafts- und Naturschutzgebiete	23-22112
9.13.1	Globale Minderausgabe - Kürzung bei Landschafts- und Naturschutzgebiete	23-22112-01
9.14	Mündliche Anfragen	

### **Nichtöffentlicher Teil:**

10	Eröffnung des nichtöffentlichen Teils
11	Anträge
12	Anfragen

### **Protokoll**

#### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jonas eröffnet die Sitzung und stellt nach der Begrüßung fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses somit gegeben ist.

Dringlichkeitsanträge werden nicht eingebracht.

Ratsfrau von Gronefeld teilt vorab mit, dass die CDU-Fraktion ab 17 Uhr an der Kundgebung auf dem Platz der Deutschen Einheit teilnehmen wird.

Ratsfrau Ohnesorge fragt nach, in wie weit die Beantwortung der Anfragen ihrer Fraktion unter dem Tagespunkt 4.1. mit abgehandelt werden können.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas geht darauf ein und erklärt, dass aufgrund der thematischen Überschneidung die Anfragen zu den Globalen Minderausgaben unter diesem Tagesordnungspunkt mit behandelt und beantwortet werden.

Herr Loose bringt zum Tagesordnungspunkt 7 den Hinweis der Verwaltung ein, dass eine unvollständige Beratungsfolge in der Vorlage angegeben ist und bedankt sich beim Ausschussvorsitzenden Ratsherrn Jonas für den im Vorfeld der Sitzung gegebenen Hinweis. Die Verwaltung weist deshalb vor Beratung der Beschlussvorlage ausdrücklich darauf hin, dass der Ausschuss bei dieser Beschlussvorlage keine Beschlusskompetenz hat, denn diese liegt beim Rat. Die Vorlage kann im Ausschuss nur fachlich vorberaten und eine Beschlussempfehlung abgegeben werden. Die Verwaltung kündigt ferner an, eine Ergänzungsvorlage mit erweiterter Beratungsfolge (VA und Rat) zu fertigen.

Gründe zur Änderung der vorliegenden Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss über die Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

## **2. Genehmigung des Protokolls vom 05.09.2023**

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt nach Ergänzungen zum Protokoll der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses vom 05.09.2023. Es werden keine Ergänzungen eingebracht.

Das Protokoll wird zur Abstimmung gestellt und bei zwei Enthaltungen und keinen Gegenstimmen genehmigt.

*Protokollnotiz: Ratsherr Swalve nimmt an der Sitzung teil.*

## **3. Mitteilungen**

### **3.1. Kommunale Wärmeplanung**

**23-22097**

Herr Siemon vom Fachbereich Umwelt stellt anhand einer Präsentation dem Ausschuss die Kommunale Wärmeplanung vor. Er geht hier auf die Herangehensweise zur Erstellung der Potentialkarte ein. Sie ist das Ergebnis von Bestands- und Bedarfsanalysen und ist besonders geeignet, der Bevölkerung die theoretisch möglichen Alternativen für eine zukünftige Wärmeversorgung darzustellen.

Herr Siemon erklärt, dass es bei der Betrachtung von Alternativen insbesondere auf Wirtschaftlichkeit und Treibhausneutralität ankommt.

Auf Nachfrage der vom Umweltzentrum benannte Vertreterin der Umweltverbände Frau Wanzelius, welche Auswirkung die Wärmeentnahme aus dem Okerwasser hätte, antwortet Herr Gekeler, dass diese Variante in der Studie nicht betrachtet wird. Dies ist eine spezielle Detailfrage.

### **3.2. Zwischenergebnisse einer wissenschaftlichen Studie zur Veränderung der Baumüberschirmung in der Stadt Braunschweig zwischen 2011 und 2019**

**23-22245**

Herr Loose stellt die Mitteilung dem Ausschuss vor. Bei den vorgelegten Ergebnissen handelt es sich um einen Zwischenbericht. Der Endbericht von der TU Braunschweig wird vermutlich im November vorliegen und könnte dann dem Ausschuss in der Sitzung im Dezember vorgestellt werden.

Aus den Ergebnissen der Untersuchung lässt sich für Braunschweig eine durchaus positive Bilanz ziehen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning gibt Herr Loose an, dass die durch die Flughafenerweiterung im Jahr 2010 erlittenen Waldverluste bei der Bilanzierung nicht berücksichtigt sind, da erst seit 2011 Befliegungen mit hochauflösender Aufnahmetechnik erfolgen.

Herr Loose erklärt, dass zeitnah noch ein Gespräch mit der TU zum Abschlussbericht stattfinden wird. Hier werden dann noch weitere Fragestellungen, wie zum Beispiel welche Auswirkungen unterschiedliche Vegetationszeiten bei den Aufnahmen haben, geklärt und fließen in den Endbericht mit ein.

## **4. Anträge**

**4.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023  
im Teilhaushalt FB 67 Stadtgrün und Sport / Aufnahme in die TO  
der Sitzung am 12.10.2023.**

**23-22174**

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas geht kurz auf die verabredete Verfahrensweise ein, dass unter diesem Punkt alle Einzelanfragen zu dem Thema „Globale Minderausgaben“ behandelt und beantwortet werden.

Ratsherr Schnepel bringt den Antrag in den Ausschuss ein.

Ratsfrau Ohnesorge ist erfreut, dass das Thema auch durch die anderen Fraktionen aufgenommen wird. Sie stellt fest, dass die Minderausgaben im Fachbereich 67 wohl ausschließlich auf unbesetzte Stellen zurückzuführen sind. Dies ist nicht in jedem Fachbereich der Fall. Sie fragt deshalb konkret, welche Folgen diese unbesetzten Stellen haben.

Stadtrat Herlitschke geht darauf ein und erklärt, dass überall dort, wo Stellen unbesetzt sind, auch die entsprechenden mit der jeweiligen Stelle verknüpften Aufgaben nicht erfüllt werden können. Der Arbeitsmarkt ist immer noch sehr angespannt und qualifizierte Fachkräfte schwer zu finden.

Herr Loose ergänzt die Ausführungen und stellt für seinen Fachbereich die Konsequenzen unbesetzter Stellen dar. Dies führe unter anderem zu einem erheblichen Stau bei den Spielplatzsanierungen. Aber nicht nur der Fachkräftemangel ist spürbar, sondern auch ein Arbeitskräftemangel im Allgemeinen, der die Aufgabenerfüllung erschwert.

Stadtrat Herlitschke teilt auf Nachfrage mit, dass es nur zum Teil möglich ist, durch externe Beauftragungen Aufgaben erledigen zu lassen. Dies wird in der Praxis teilweise durch Beauftragung von Planungsbüros oder auch bei der Grünflächenpflege umgesetzt, aber auch hier ist die Marktsituation insgesamt schwierig.

Der Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten.

**5. Pocket-Park Kannengießersstraße**

**23-21184**

**5.1. Ergänzung - Pocket-Park Kannengießersstraße**

**23-21184-01**

Stadtrat Herlitschke bringt die Beschlussvorlage und auch die aufgrund von Nachfragen im Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben erarbeitete Ergänzung in den Ausschuss ein. Es wird erläutert, weshalb erst jetzt mit dem Pocket-Park in die Gremien gegangen worden ist. Hauptgrund sind Abstimmungsgespräche über die Grundstücke der anliegenden Kirchengemeinde St. Ulrici, die in die Planung einbezogen wurden.

Des Weiteren geht Stadtrat Herlitschke anhand von Gestaltungsplänen auf die Ausgestaltung des Parks ein. Bei den Planungen werden sowohl Bedürfnisse von Kindern als auch von Senioren berücksichtigt. So sind sowohl seniorenerechte Bänke als auch Spielelemente für Kinder vorgesehen. Es ist geplant die Wegeoberflächen mit einer wasserdurchlässigen Epoxidharzbeschichtung vorzunehmen. Das Oberflächenwasser soll auf der Fläche versickern und direkt dem Grünbestand zur Verfügung gestellt werden. Während der Baumaßnahme liegt ein besonderes Augenmerk auf einer schonenden Behandlung des Wurzelbereiches der Bäume, damit diese erhalten bleiben.

Außerdem wird auf die wegfallenden Parkplätze eingegangen, die auch in der Ergänzungsvorlage näher erklärt sind.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt nach, ob man mit dem Pocket-Park auch einen Spielplatz realisieren könnte. Dies würde zu einer Attraktivitätssteigerung der Innenstadt bei-

tragen und bittet deshalb, dies mitzunehmen. Stadtrat Herlitschke führt aus, sofern adäquate Flächen vorhanden seien, diese Anregung in die weitere Planung mit einzubeziehen.

Stadtrat Herlitschke nimmt auf Nachfrage Stellung zu dem Zeitplan für die Baumaßnahmen, die voraussichtlich im 2. Quartal 2024 starten werden. Die Umsetzung wird in zwei Schritten erfolgen. Die Parkplätze fallen erst zu einem späteren Zeitpunkt weg. Man hoffe, dass dann die Packhofgarage wieder für Parkmöglichkeiten frei ist. Zudem befinde man sich mit dem Arbeitsausschuss Innenstadt im Gespräch, um auch für die Einzelhändler die Einschränkungen möglichst gering zu halten.

Auch Nachfrage der Vertreterin der vom Umweltzentrum benannte Vertreterin der Umweltverbände Frau Wanzelius antwortet Stadtrat Herlitschke, dass eine Verschattung für die Kinderspielgeräte über die Baumkronen erfolgt. Bezüglich eines Wasserspenders in diesem Park müsste ein zusätzlicher Brunnen errichtet werden, der aber in der Winterzeit nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

Ratsfrau von Gronefeld fragt nach, wo Ersatzpflanzungen für die zu entnehmenden Bäume vorgenommen werden. Hierzu antwortet Stadtrat Herlitschke, dass nur ein Baum entnommen wird und ein weiterer umgepflanzt werden soll.

Stadtrat Herlitschke antwortet auf die Nachfrage vom Vertreter des Behindertenbeirats Herrn Lange, dass bezüglich der Kopfsteinpflasterbereiche, die Richtung Innenstadt gelegen sind und sich in der Zuständigkeit des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr befinden, eine Verbesserung des Belages für die Nutzung durch Rollstuhlfahrer oder Rollatoren nur in Absprache erfolgen kann. Die Anmerkung wird aber für den zuständigen Fachbereich mitgenommen.

Ratsherr Kühn lässt sich die durch den Wegfall der Parkgebühren entstehenden Mindereinnahmen erläutern, die sich aus den unterschiedliche Bewertungen der Parkflächen, Straßenrandbereiche und herkömmlichen Parkplätze ergeben.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt im Anschluss an die Aussprache über die vorliegende Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

„Der Realisierung und Ausgestaltung von Braunschweigs erstem Pocket-Park auf dem bestehenden öffentlichen Parkplatz an der Kannengießersstraße wird vorbehaltlich der Einziehung des Parkplatzes Kannengießersstraße zugestimmt.“

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

## **6. Gewährung von Zuschüssen an Umweltorganisationen 23-22000**

### **6.1. Gewährung von Zuschüssen an Umweltorganisationen 23-22000-01 Ergänzungsvorlage**

Herr Gekeler erklärt die von der Verwaltung nachträglich erstellte Ergänzungsvorlage und erläutert im Anschluss die von den Verbänden beantragten Mittel und deren Zuschussfähigkeit. Die nachträglich von der Verwaltung vorgelegte Ergänzungsvorlage wurde aufgrund der

Rücknahme eines Zuschussantrags erstellt und die Ursprungsvorlage wird deshalb nicht zur Abstimmung gestellt.

Ratsfrau Arning geht näher auf den Zuschussantrag der Reka ein und berichtet über ein von ihr geführtes Gespräch. Demnach sehe die Reka aufgrund der vorgesehenen Kürzung ihre Projektarbeit gefährdet. Herr Gekeler antwortet auf die geäußerten Bedenken und erklärt, dass die Aufwendungen schon durch den pauschalen Zuschuss abgedeckt seien.

Ratsherr Kühn richtet an die Verwaltung die Bitte, in diesem Fall noch einmal mit der Reka zu sprechen und eine endgültige Klärung herbeizuführen. Zudem fragt Ratsherr Kühn nach, ob denn der Ernährungsrat schon antragsberechtigt ist. Stadtrat Herlitschke erklärt dazu, dass der Ernährungsrat noch nicht die notwendigen Voraussetzungen erfüllt und daher noch nicht berechtigt ist, Zuschüsse zu erhalten.

Ratsfrau von Gronefeld geht ebenfalls auf die berechtigten Verbände ein und erklärt für ihre Fraktion Zustimmung zu den Anträgen unter 1 und 2. Zum Antrag 3 bittet sie die Verwaltung noch einmal Rücksprache zu halten, da hier ebenfalls ein landwirtschaftlicher Betrieb vorhanden ist. Nach EUR-Recht sind Doppelförderungen nicht zulässig und es bedarf aus ihrer Sicht her zunächst einer Klärung. Herr Gekeler geht auf den Einwand ein und stellt für die kommende Sitzung eine überarbeitete Förderrichtlinie zur Beratung in Aussicht. Aufgrund personeller Ausfälle in der Abteilung ist die Frage einer Doppelförderung nicht geprüft worden.

Stadtrat Herlitschke schlägt aufgrund der Besorgnisse vor, die unter Nr. 3 aufgeführten Zuschussaufwendungen zurückzustellen und prüfen zu lassen.

Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt über die im Beschluss unter Nummer 1 und 2 genannten Zuwendungen abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden geänderten Beschluss:

„Den genannten Vereinen werden folgende Zuwendungen mit einer Gesamtsumme in Höhe von bis zu 38.228,16 € gewährt:

- |  |                    |
|--|--------------------|
| 1. Regionale Energie- und KlimaschutzAgentur e. V.<br>(Weitere Aufwendungen Ernährungsrat) | bis zu 3.500,00 €  |
| 2. NABU Landesverband Niedersachsen e. V.<br>(Ausstattung und Miete ÖNSA).“                | bis zu 22.818,16 € |

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

#### **7. Anpassung des Förderprogramms "Baumreich(es) Braunschweig" 23-22173**

Herr Loose geht nochmals kurz auf die unvollständige Beratungsfolge und die damit für den Ausschuss lediglich empfehlende Beschlusskompetenz über die Beschlussvorlage ein. Es werden die Anpassungen erläutert, die auch in sprachlicher Hinsicht notwendig waren. Durch die Anpassungen, die auch in der Synopse dargestellt sind, erhofft sich die Verwaltung eine Senkung der Hemmschwelle für zukünftige Anträge.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas bringt den Vorschlag ein, den Halbsatz unter Punkt 5 Buchstabe g der Anlage 1 zu streichen.

Aus Sicht der Verwaltung kann der eingefügte Halbsatz zu den Habitatbäumen gestrichen werden.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt über den geänderten Beschlusstext unter Berücksichtigung der Streichung des Halbsatzes abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt folgenden geänderten Beschluss:

"Den formalen und inhaltlichen Änderungen der Förderrichtlinie „Baumreich(es) Braunschweig - Förderung zum Schutz und Erhalt von privaten Bäumen/Gehölzen" in der als Anlage 1 nach Streichung des in der Anlage 1 eingefügten Halbsatzes unter Punkt 5 Buchstabe g) beigefügten Fassung wird zugestimmt."

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

## **8. Erneuerung des Jugendplatzes Prinz-Albrecht-Park/Rollschuhbahn 23-22188**

Herr Loose stellt anhand einer Präsentation den Vorentwurf zur Erneuerung des Jugendplatzes vor. Es wird ausführlich auf die geplante Gestaltung eingegangen. Hier wird Wert auf die Erhaltung der Sichtachse zum Prinz-Albrecht-Denkmal gelegt.

Bei dem Vorhaben sind ebenfalls der Behindertenbeitrag und auch die Denkmalpflege einbezogen. Die geschätzten Gesamtkosten für die Umgestaltung belaufen sich auf ca. 1,4 Millionen Euro. Der Beginn der Bauarbeiten für dieses „Leuchtturmprojekt“ ist nach einem positiven Beschluss durch den Ausschuss für April 2024 geplant.

*Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld, Ratsherr Täubert, Ratsherr Wendt und die Bürgermitglieder Herr Dr. Garbe und Frau von Kaehne verlassen die Sitzung.*

Zur Finanzierung des Projektes sind sowohl Fördermittel eingeworben als auch eine Spende in Höhe von 50 TSD Euro durch Dennis Schröder in Aussicht gestellt worden. Hier finden aktuell noch Absprachen statt, da hier bestimmte gestalterische Elemente von seiner Seite aus gewünscht werden.

Auch auf die Ausgestaltung der Beleuchtung wird ein großer Augenmerk gelegt.

Herr Loose geht auf Nachfrage auf den geplanten Belag der Anlage ein. Dieser ist speziell auf die Anforderung an einen Basketballplatz ausgelegt, eine Kombination, die auch eine Fußballnutzung ermöglicht, ist nicht vorgesehen.

Ratsherr Schnepel gibt den Hinweis, auf ausreichend Fahrradabstellplätze zu achten.

In diesem Zusammenhang weist Herr Loose darauf hin, dass die Nutzungsregeln für den Jugendplatz speziell auf diese Anlage abgestimmt werden.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zum geplanten Höhenprofil des Platzes antwortet Herr Loose, dass dieses annähernd dem derzeitigen Profil gleicht. Lediglich der Basketballplatz ist leicht abgesenkt.

Frau Lewandowski gibt zu den Entwürfen den zusätzlichen Hinweis, dass auf dem derzeiti-

gen Platz aufgrund des geringen Gefälles regelmäßig ein Wasserstau entsteht. Dies wird zukünftig in der Art angepasst, dass das Niederschlagswasser der Grünanlage zugeführt wird und zukünftig ein Wasserstau nicht mehr auftreten wird.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

„Der Erneuerung des Jugendplatzes Prinz-Albrecht-Park/Rollschuhbahn wird auf der Grundlage der als Anlage beigefügten Entwurfspläne zugestimmt.“

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 8      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

## **9. Anfragen**

**9.1. Globale Minderausgabe - Kürzung Bezirk IV** **23-22108**

**9.1.1. Globale Minderausgabe - Kürzung Bezirk IV** **23-22108-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.2. Braunschweig und die Wildbienen: Was ist aus dem Projekt mit dem JKI geworden?** **23-22180**

**9.2.1. Braunschweig und die Wildbienen: Was ist aus dem Projekt mit dem JKI geworden?** **23-22180-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt die anfragende Fraktion, ob die Stellungnahme durch den Stadtrat Herlitschke verlesen werden soll.

Dies wird durch Ratsherrn Möller verneint.

**9.3. Basketballboom in Braunschweig - Nachwuchsförderung, nicht nur symbolische Ehrungen?** **23-22166**

**9.3.1. Basketballboom in Braunschweig - Nachwuchsförderung, nicht nur symbolische Ehrungen?** **23-22166-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt die anfragende Fraktion, ob die Stellungnahme durch den Stadtrat Herlitschke verlesen werden soll.

Stadtrat Herlitschke verliest auf Wunsch der anfragenden Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung.

*Protokollnotiz: Ratsfrau Ohnesorge und Ratsherr Kühn verlassen die Sitzung.*

**9.4. Aufwand und Nutzen durch invasive Arten 23-22191**

**9.4.1. Aufwand und Nutzen durch invasive Arten 23-22191-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt die anfragende Fraktion, ob die Stellungnahme durch den Stadtrat Herlitschke verlesen werden soll. Auf eine Verlesung kann verzichtet werden.

**9.5. Eine Solar-Radwegüberdachung für Braunschweig? 23-22104**

**9.5.1. Eine Solar-Radwegüberdachung für Braunschweig? 23-22104-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt die anfragende Fraktion, ob die Stellungnahme durch den Stadtrat Herlitschke verlesen werden soll.

Dies wird durch Ratsfrau Hillner verneint.

**9.6. Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Südstadt 23-22110**

**9.6.1. Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Südstadt 23-22110-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.7. Spielplatzsand und Co.: Sieben statt Austauschen? 23-22183**

**9.7.1. Spielplatzsand und Co.: Sieben statt Austauschen? 23-22183-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt die anfragende Fraktion, ob die Stellungnahme durch den Stadtrat Herlitschke verlesen werden soll.

Dies wird durch Ratsherrn Möller verneint.

**9.8. Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Bürgerpark 23-22117**

**9.8.1. Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Bürgerpark 23-22117-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.9. Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Heidberg 23-22116**

**9.9.1. Globale Minderausgabe - Kürzung Revier Heidberg 23-22116-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.10. Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Nordstadt 23-22115**

**9.10.1. Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Nordstadt 23-22115-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.11. Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Wallanlagen 23-22114**

**9.11.1. Globale Minderausgabe - Kürzung beim Revier Wallanlagen 23-22114-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.12. Globale Minderausgabe - Kürzung bei der Baumpflege 23-22113**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.13. Globale Minderausgabe - Kürzung bei Landschafts- und Naturschutzgebiete****23-22112****9.13.1.Globale Minderausgabe - Kürzung bei Landschafts- und Naturschutzgebiete****23-22112-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht.

Aufgrund der Aussprache zum TOP 4.1. sind die Inhalte der Stellungnahme dem Ausschuss bereits bekannt. Auf eine Verlesung wird daher verzichtet.

**9.14. Mündliche Anfragen**

Zur Sitzung ist eine Einwohneranfrage eingereicht worden. Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas begrüßt den anwesenden Herrn Hake und bittet ihn, seine Anfrage vorzubringen.

Herr Hake stellt folgende Einwohneranfrage:

Der AMTA hat sich auf der letzten Sitzung für das Konzept einer Unterführung für den Bahnübergang Gliesmarode ausgesprochen (Variante 6). Bei der von der Verwaltung auf der Sitzung dargestellten Vor- und Nachteile der Varianten 0+ und 6 hat leider die qualitative und quantitative Bewertung der Umwelt- und Klimafolgen gefehlt, obwohl sie in Zeiten sich verschärfender Klimakatastrophen ein zentrales Entscheidungskriterium sind. Die Stadt Braunschweig will bis 2030 klimaneutral werden! Frage: Bitte stellen Sie in Zahlen die Folgen der Varianten 0+ und 6 übersichtlich dar: 1.) Welche CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen die Baumaßnahmen (z.B. Beton/Zementverbrauch)? 2.) Welche CO<sub>2</sub>-Reduktion wird durch die Fällung der 34 Bäume in Variante 6 langfristig vernichtet (Angabe in CO<sub>2</sub> pro Jahr)?

Auf die Einwohneranfrage antwortet Stadtrat Herlitschke wie folgt:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 16.11.2021 die Elfte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig vom 08.11.2011 beschlossen. In § 6 der Satzung hat der Rat die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses für die Dauer der Wahlperiode für die in der Regelung bestimmten Gruppen von Angelegenheiten auf die verschiedenen Fachausschüsse des Rates übertragen. Aus diesem Grund wurde der Beschluss zum Bahnübergang Grünwaldstraße am 28.09.2023 im Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben gefasst. (DS: 23-21448 „Festlegung einer Vorzugsvariante für die weitere Planung eines Ersatzes für den bestehenden Bahnübergang Grünwaldstraße“ )

Zu Frage 1: Die Beauftragung von Gutachten, wie z. B. zur Bewertung der Klima- und Auswirkungen von Bauvorhaben, ist Aufgabe der Vorhabenträgerin, also in dem Fall Aufgabe der Deutschen Bahn (DB). Die Erstellung der erforderlichen Fachgutachten wird im Rahmen der Aufstellung der Planunterlagen für das Planfeststellungsverfahren erfolgen.

Zu Frage 2: Wie viel CO<sub>2</sub> ein Baum pro Jahr speichert, hängt von vielen Faktoren ab. Neben der Baumart, dem Alter, der Zuwachsrate und der Holzdichte spielen auch die äußeren Faktoren wie Jahrestemperatur, Boden und Wasserversorgung eine Rolle. Aus diesem Grund kann keine wissenschaftlich fundierte Aussage über die CO<sub>2</sub>-Reduktionen pro Jahr für den Baumbestand im Bereich Bahnübergang Gliesmarode getroffen werden.

Der Baumbestand im genannten Bereich setzt sich aus unterschiedlichen Baumarten wie Linde, Robinie, Eiche, Berg-Ahorn, Walnuss, Weißdorn, versch. Obstbäume usw. zusammen. Während die Linden an der Grünwaldstraße aufgrund ihres Alters bereits einen Brusthöhendurchmesser von 57-94 cm aufweisen, setzt sich der Gehölzbestand am Ringgleis aus jüngeren Bäumen und Sträuchern zusammen. Hierzu kommt, dass die Linden aufgrund des Pflegeschnitts keine, ihres natürlichen Habitus entsprechende Krone entwickelt haben. All diese Faktoren sowie weitere nicht vorliegende Daten machen eine Aussage bzgl. der möglichen CO<sub>2</sub>-Reduktionen pro Jahr nicht möglich.

Als Richtwert gemäß Kohlenstoffinventur 2017 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft speichert eine Eiche (vergleichbar Robinie) im Schnitt 18,87 kg CO<sub>2</sub>/Jahr, eine Buche (vergleichbar Linde) 15,89 kg CO<sub>2</sub>/Jahr. Diese Werte sind als grobe Richtwerte für hieb reife Waldbäume anzusehen, Vergleiche mit dem Baumbestand im Bereich Bahnübergang Gliesmarode sind daher mit Vorsicht zu ziehen.

Eine weitere mündliche Anfrage bringt die Vertreterin der Umweltverbände in Braunschweig Frau Wanzelius ein. Sie begrüßt die Initiative der Stadt Braunschweig, sich dem Klima-Anpassungsprojekt / -gesetz aktiv zu widmen und bringt folgende Anfrage ein:

Eines der Querschnittsthemen, die Dr. Beatrice John (difu-Institut) in ihrer Präsentation zum Auftakt an das Klimaanpassungsgesetz des Bundes betonte, widmete sich der ganzheitlichen Herangehensweise bei Maßnahmen, die nachhaltig eine Wende in der bisherigen Praxis der Umsetzung urbaner Stadtplanung darstellen.

Sie betonte einen integrierten Ansatz, der zwingend erforderlich sei, damit die Komplexität eines Eingriffes wahrgenommen wird und sowohl die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte gleichwertig gegeneinander abgewogen, die Konsequenzen eines Eingriffes minimiert und die bestmögliche Entscheidung gefällt werden kann.

Wie passen diese Forderungen mit der Planungspraxis überein, wie sie im Fall des BÜs Grünwaldstraße in einem Ein Ausschuss-Prinzip - dem AMTA - vorgenommen worden sind, ohne im Vorfeld den Umwelt- und Grünflächenausschuss zu beteiligen?

Dabei ist unbestritten, dass es sich bei dem BÜ Grünwaldstr. in vielerlei Hinsicht um einen hydrologisch, geologisch, biologisch, sozial ... wertvollen Hotspot handelt, an dem die massiven Eingriffe aufgrund der bereits jetzt bestehenden Rechtsprechung im Bereich des BNatSch-Gesetzes in den §§ 13 und 15 Abs.1 infrage gestellt werden können.

Wie ist es möglich, dass fast zeitgleich zum Auftakt der Einführung der Klimaanpassung in Braunschweig bei der Entscheidung für eine Variante des BÜs Grünwaldstraße

- das Votum der politischen Bezirke 112 und 120, vertreten werden 60.000 Einwohner

- die Expertisen der Umweltverbände: BUND und des braunschweiger forums

- als auch die Stellungnahme der Bürger:innen

ignoriert werden, obwohl sich dies als einer der Grundpfeiler in der Wende der Stadtplanung (frühzeitige Einbeziehung wissenschaftlicher Institute sowie die Erfahrungen der betroffenen politischen Vertreter:innen als auch der Bürger:innen) darstellt?

*Protokollnotiz:*

*Antwort/Hinweis der Verwaltung: Die jeweiligen politischen Gremien entscheiden im Rahmen in ihrer eigenen Zuständigkeit und Verantwortung.*

Ist es nicht unsere Pflicht, dass wir uns als Umwelt- und Grünflächenausschuss angesichts der derzeitig aufgetretenen wirtschaftlichen Schäden durch den Starkregen, der der Stadt BS 20 Mio. € am Erweiterungsbau des Krankenhauses Salzdahlumer Straße und der Öffentlichen Versicherung weitere 19 Mio. € für den Ausgleich privater Ansprüche kostete, zu Wort melden und vehement darauf bestehen, dass unser Ausschuss bereits im Vorfeld der städtischen Planungen gehört wird, damit dem Anspruch der Resilienz mehr Gewicht zukommt?

*Protokollnotiz:*

*Antwort der Verwaltung: Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 16.11.2021 die Elfte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig vom 08.11.2011 beschlossen. In § 6 der Satzung hat der Rat die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses für die Dauer der Wahlperiode für die in der Regelung bestimmten Gruppen von Angelegenheiten auf die verschiedenen Fachausschüsse des Rates übertragen. Eine wie oben in der Fragestellung angeführte Übertragung auf mehrere Ausschüsse hat nicht stattgefunden.*

Wie geht die Stadt Braunschweig bei der Planung der Konzerthalle und Musikschule mit der Tatsache um, dass genau im Bereich des Standortes Viewweggarten auf der Karte des TU Institutes zum Starkregenereignis ein erhebliches Niederschlagsvolumen verzeichnet worden ist (Präsentation COAB Auftaktforum, Prof. Dr. Stephan Weber)?

*Protokollnotiz:*

*Antwort der Verwaltung: Der Stadt ist durch die erstellte Starkregenkarte bekannt, dass im angesprochenen Bereich durch die konkrete topographische Situation (in der betreffenden Senke) eine potentielle Starkregengefahr (Niederschlagsvolumen an der Oberfläche) besteht. Auch in Kenntnis der Niederschlagssituation in Verbindung mit der vorhandenen Topografie ist es Element einer nachhaltigen Stadtplanung, verdichtete Innenstadtlagen mit optimaler Anbindung an die Angebote des Umweltverbundes adäquat auszunutzen. Eine Freihaltung oder gar eine Freiräumung der betroffenen Flächen lässt sich auch unter Beachtung eigentumsrechtlicher Ansprüche nicht umsetzen. Im Sinne einer o.g. integrierten Betrachtung bietet sich am Standort am Bahnhof die Möglichkeit, eine hohe Personenzahl für die Mobilität mit Bus und Bahn zu gewinnen und damit die motorisierten Verkehre zu reduzieren. Entsprechende Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der Gebäude und zur sicheren Speicherung und Abführung von Niederschlagswasser werden hier erforderlich sein. Auf die Gefahren der Starkregenereignisse werden alle zukünftigen Bauherren für die weiteren Planungsprozesse hingewiesen.*

Warum bezieht unser Ausschuss bei der weiteren Planung des Bahnhofsviertels keine Stellung, der zukünftig vor dem Hbf Berliner Platz in Richtung Wolfenbüttler Straße eine Bebauung in einer Kaltluftschneise vorsieht?

*Protokollnotiz:*

*Antwort der Verwaltung: Siehe unter 2.*

Stadtrat Herlitschke antwortet zunächst dahingehend, dass der beschließende Ausschuss der AMTA ist und nicht der Umwelt- und Grünflächenausschuss. Die Trägerschaft zu diesem

Projekt liegt bei der Deutschen Bahn. Er bietet Frau Wanzelius die Beantwortung der Fragen in schriftlicher Form an, die sich damit einverstanden erklärt.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas fragt nach, in wie weit die Bearbeitung der Mängelanzeige für den Spielplatz in der Elsa-Brandström-Straße fortgeschritten ist. Frau Lewandowski teilt hierzu mit, dass der Auftrag zum Austausch des Sandes vergeben wurde. Hierüber wurde auch schon im zuständigen Stadtbezirksrat informiert.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Jonas hat eine Nachfrage zu überhängenden Ästen über einen Fußweg an der Schunterbrücke Bereich Tostmannplatz, weshalb diese noch nicht entfernt wurden. Herr Loose teilt dazu mit, dass die Zuständigkeit zur Entfernung vom Standort des Baumes abhängt.

Weitere mündlichen Anfragen werden nicht eingebracht.